

## Treibsand für den Investitionsschutz

Gastkommentar

von THOMAS WELLAUER

Die Initianten der Selbstbestimmungsinitiative behaupten, dass die Wirtschaft von der Vorlage nicht negativ betroffen sei. Dies kann nicht ohne Widerspruch bleiben. In meiner Tätigkeit für Swiss Re und die **Internationale Handelskammer** (ICC) erlebe ich tagtäglich, wie wichtig stabile und berechenbare Beziehungen für eine funktionierende internationale Wirtschaft sind. Die Schweiz ist eine der global am stärksten vernetzten Volkswirtschaften. Deshalb müssen wir ein besonderes Interesse an einem verlässlichen Rechtsrahmen haben. Dafür setzt sich die ICC als globales Sprachrohr der Wirtschaft ein. Sie ist in über 90 Ländern vertreten und tritt seit 100 Jahren für gute internationale Rahmenbedingungen zugunsten aller ein. Bekanntlich verdienen wir Schweizer unseren Wohlstand auch im Ausland, und zwar nicht nur durch Exporte, sondern auch durch Investitionen. Daher gehören nebst gegenwärtig 32 Freihandels- und über 100 Doppelbesteuerungsabkommen auch mehr als 120 Investitionsschutzabkommen (ISA) zu den tragenden Säulen der Schweizer Aussenwirtschaftspolitik.

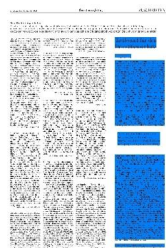
Letztgenannte garantieren Schweizer Unternehmen in Partnerländern – und umgekehrt – einen elementaren Schutz zentraler Rechte (Diskriminierungs- und Enteignungsverbot, faire und rechtsstaatliche Behandlung, freier Kapitaltransfer). ISA sind damit eine wichtige Absicherung gegen politische Risiken für Tausende international tätige Schweizer KMU und Grossunternehmen, die oft in Märkten präsent sind, die noch nicht über ähnlich entwickelte Rechtssysteme und politische Stabilität verfügen wie die Schweiz.

Die Schweizer Direktinvestitionen im Ausland belaufen sich auf rund 1000 Milliarden Franken und generieren 2 Millionen Arbeitsplätze. Ausländische Investoren ihrerseits haben in unserem Land 933 Milliarden Franken investiert, die für 456 000 Stellen verantwortlich sind. Diese Zahlen sind internationale Spitzenwerte. Sie drücken grosses Vertrauen aus in die Wettbewerbsfähigkeit, Inno-

**Gerade im Investitionsschutz sind Vertrauen, Verlässlichkeit und transparente, berechenbare Rahmenbedingungen von grosser Bedeutung.**

ventionskraft und Produktivität der Zielländer. Und vergessen wir nicht, dass in all diesen Investitionen auch die Anlagen unserer AHV und unserer Pensionskassen stecken, welche in die Aktien hiesiger Unternehmen investieren. Ob Investitionen der Unternehmen geschützt sind, betrifft daher jeden Einzelnen von uns auch ganz direkt.

Was hat dies nun mit der Selbstbestimmungsinitiative zu tun?



Viel mehr, als die Initianten behaupten. Gerade im Investitionsschutz sind Vertrauen, Verlässlichkeit und transparente, berechenbare Rahmenbedingungen von grosser Bedeutung. Der Investitionsschutz steht jedoch unter Druck. Einzelne Länder haben ihre ISA mit der Schweiz und anderen Staaten bereits gekündigt, weil sie ihren nationalen Regeln Priorität einräumen und ausländische Investoren nicht mehr direkt schützen wollen.

Die Selbstbestimmungsinitiative bläst ins gleiche Horn und schürt Unsicherheit. Sie erklärt sämtliche bestehenden ISA für nicht mehr massgeblich, da sie zwar regulär durch das Parlament genehmigt wurden, aber nicht dem Referendum unterstanden. Zudem lässt sie völlig offen, ob im Falle einer Gesetzesänderung, die gegen die Schutzbestimmungen eines ISA verstösst, nicht nur Entschädigungsforderungen von Investoren drohen, sondern das betroffene ISA gleich automatisch auch neu verhandelt und «nötigenfalls» gekündigt werden müsste. Der widersprüchliche Initiativtext gibt hierauf keine Antwort. Wir müssen uns deshalb die Frage stellen: Wie können wir von unseren Partnerländern erwarten, dass sie einen Investitionsschutz nach internationalen Regeln akzeptieren, wenn wir ihnen gleichzeitig signalisieren, dass wir unserem nationalen Recht stets den (fast) bedingungslosen Vorrang einräumen? Dieser negative Effekt tritt auch dann ein, wenn wir in der Praxis gar kein Abkommen kündigen. Das Signal ist hier wichtiger als der juristische Schritt. Und es käme paradoxerweise von einer der global am stärksten vernetzten Volkswirtschaften! Das Fundament für den Schutz von Investitionen wird damit nicht gestärkt, sondern vielmehr durch Treibsand ersetzt.

Die Selbstbestimmungsinitiative schafft somit kaum Gewinner, sondern in erster Linie Verlierer: Sie schwächt nachhaltig den Schutz von Schweizer Investitionen im Ausland. Die Rechtsunsicherheit schadet dem Image der Schweiz als verlässlicher Wirtschaftsstandort und als berechenbarer Verhandlungspartner. Als international stark vernetzte Volkswirtschaft haben wir alles Interesse an einem tragfähigen und vertrauensfördernden Rechtsrahmen – national wie auch international!

Thomas Wellauer ist Chairman der [International Chamber of Commerce](#) in der Schweiz sowie COO und Mitglied der Geschäftsleitung von Swiss Re.